

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/3811 –**

Deutscher Wissenschaftspreis

A. Problem

Höchstleistungen in Wissenschaft und Forschung finden in Deutschland eine geringere gesellschaftliche Anerkennung als in vergleichbaren Industriestaaten. Daher wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern einen Deutschen Wissenschaftspreis einzurichten. Der Bundespräsident soll jährlich diesen hoch dotierten Preis für Spitzenleistungen in naturwissenschaftlichen, technischen, geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen verleihen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/3811 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende/
Berichterstatterin

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Thomas Rachel
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Thomas Rachel, Hans-Josef Fell, Ulrike Flach und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 205. Sitzung am 29. November 2001 den Antrag – Drucksache 14/3811 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Höchstleistungen in Wissenschaft und Forschung werden in Deutschland gesellschaftlich weniger anerkannt als in vergleichbaren Industriestaaten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten oft unter schlechteren finanziellen Rahmenbedingungen als z. B. Kolleginnen und Kollegen in den USA. Darüber hinaus herrscht in Teilen von Politik und Medien Skepsis gegenüber Wissenschaft und Technik. Die Dienstrechtsreform der Bundesregierung setzt auf materielle Anreize, um zu Höchstleistungen in Wissenschaft und Forschung zu motivieren. Gesellschaftliche Anerkennung ihrer Leistungen ist für viele Wissenschaftler jedoch häufig wichtiger als Geld.

Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, gemeinsam mit den Bundesländern einen hoch dotierten Deutschen Wissenschaftspreis für Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung einzurichten, um damit die gesellschaftliche Wertschätzung dieser Leistungen hervorzuheben. Der Bundespräsident soll jährlich den Preis an deutsche oder ausländische Wissenschaftler verleihen. Bedingung ist, dass die herausragende wissenschaftliche Leistung in Deutschland erbracht werden muss, um die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes hervorzuheben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Januar 2002 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am

30. Januar 2002 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP verabschiedet.

Die antragstellende **Fraktion der FDP** erklärt, dass Hintergrund ihres Antrages der Mangel an Geisteswissenschaftlern, Naturwissenschaftlern und Wirtschaftswissenschaftlern in Deutschland sei. Die Idee wäre, diesen Mangel ausgleichen zu helfen durch einen jährlichen hoch dotierten Deutschen Wissenschaftspreis als eine Art deutschen Nobelpreis. Der Bundespräsident würde diesen Preis verleihen.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird ausgeführt, dass wissenschaftliche Exzellenz in Deutschland bereits durch den mit 1,5 Mio. Euro hoch dotierten Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis ausgezeichnete werde. Es sei sinnvoller, diesen Preis als „Deutschen Nobelpreis“ weiter aufzuwerten und den Bundespräsidenten regelmäßig zur Preisverleihung zu bitten als der gut sortierten Preislandschaft einen weiteren Preis hinzu zu fügen. Den vorliegenden Antrag lehne sie aus diesem Grunde ab.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird der Intention des Antrages zugestimmt, Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung herauszustellen und zu fördern. Man sei aber skeptisch, dass dieses Ziel mit einem Preis über die bereits vorhandenen Wissenschaftspreise hinaus erreicht werden könne. Es gebe u. a. den Zukunftspreis des Bundespräsidenten, den schon erwähnten Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis, den Max Planck-Forschungspreis und den auch hoch dotierten Sophia Kowalewskaja-Preis der Alexander von Humboldt-Stiftung. Die Ausstrahlung der vorhandenen Preise solle verstärkt und nicht durch einen weiteren Preis vermindert werden, daher lehne sie den Antrag ab.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird bezweifelt, dass mit einem weiteren Wissenschaftspreis das berechtigte Anliegen der Fraktion der FDP, Wissenschaft und Forschung in der öffentlichen Wahrnehmung einen höheren Stellenwert zu geben, erreicht wird. Ein neuer Preis würde die Wahrnehmung der bereits eingeführten schmälern, diese sollten in der Öffentlichkeit noch stärker hervorgehoben werden als bisher. Daher lehne sie den Antrag der Fraktion der FDP ab.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird das vorhandene Preisangebot als ausreichend und differenziert angesehen. Die Politik solle unterstützend bei einer weiteren Ausdifferenzierung wirken und dabei mithelfen, dass die Preise auch die richtigen Adressaten erreichen. Einen neuen Wissenschaftspreis lehne sie ab.

Berlin, den 30. Januar 2002

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Thomas Rachel
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ulrike Flach
Berichterstatterin

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

